

**Sofortprogramm für eine
bessere Bildung in Berlin**

Gutes Lehren

1. Personaloffensive starten:

- Sofortige Wiedereinführung der Verbeamtung einleiten
- Aufbau eines Wohnungspools an Wohnheimplätzen für Lehramtsstudenten mit Stipendium und Berlin-Bindung
- Transparente Erhebung des tatsächlichen Personalbedarfs mit dem Ziel
- Absenkung der Klassenfrequenzen
- Angleichung der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte in Berlin auf 25 Unterrichtsstunden
- Willkommensprämie für Lehrkräfte mit 1. und 2. Staatsexamen aus anderen Bundesländern
- Komm. Schulleitungen sofort mit Beginn der Übertragung der komm. Tätigkeit finanziell mit Schulleitungen gleichstellen
- Reduzieren der Intervalle der Schulinspektion
- Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch zusätzliche Verwaltungsleiter, Hausmeister, Sozialpädagogen und IT-Experten
- freiwerdende Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulpädagogen in die Alltagsarbeit integrieren

2. Quereinsteigerpakt erlassen:

- Kein Einsatz von Quereinsteigern im ersten Jahr ihrer Arbeitsaufnahme in der 1. Klasse. Hier sind Bestandslehrkräfte aus den Schulen entsprechend einzusetzen.
- Stärkere Entlastung, Betreuung und Vorbereitung von Quereinsteigern und deren stadtweit gerechtere Verteilung mit einer maximalen Quote von 20% je Schule. Bei Nicht-Eignung muss die Möglichkeit zur Trennung durch Entscheidung der Schulleitung bestehen.
- Befristung von Arbeitsverträgen von Seiten- und Quereinsteigern einführen. Am Ende des Befristungszeitraums: Staatsexamensprüfung.

3. Verbindliche Reaktionszeiten für Überlastungsanzeigen

Gutes Lernen

4. Wiedereinführung der Vorschule kurzfristig einleiten. Dabei Raumsituation an den Schulstandorten erheben. „Starterklasse“ als temporäre Lerngruppe in die Brennpunktschulen etablieren.

5. Sprach-Offensive einleiten:

- Konsequente Umsetzung der verpflichtenden Sprachstandstests und -förderungen für

Kinder mit festgestellten Sprachdefiziten

- Weiterbildung für Erzieher in „Deutsch als Fremdsprache“ und Zulagen für weiter qualifizierte Erzieher und Erzieherinnen einführen
- Verpflichtende Deutschkurse außerhalb des Regelbetriebs für Schüler mit festgestelltem Förderbedarf, beispielsweise in den Sommerferien

6. Einführung zentraler Vergleichsarbeiten und Prüfungen in der 4. Jahrgangsstufe zur Sicherstellung des Erreichens der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen

7. Digitalisierung der Schulen anstoßen:

- Einführung des elektronischen Klassenbuches bzw. einer Schulcloud
- Förderrichtlinie für den DigitalPakt endlich erlassen. Hamburg, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sind teils bereits seit Mai soweit. In Berlin stehen aus dem DigitalPakt des Bundes 257 Millionen Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung. Im Jahr 2019 können die Berliner Schulen voraussichtlich rund 38 Millionen Euro investieren.
- Dem ITDZ die Zuständigkeit für die technische Ausstattung, Wartung und Administration übergeben

8. Schuldistanz, Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schüler gezielt angehen. Jede Schülerin, jeder Schüler soll die Berliner Schule mit einem Schulabschluss verlassen.

Wohlfühlen

9. Neuer, einheitlicher Gebäudescan für alle Schulen zur Erhebung des tatsächlichen Sanierungsbedarfes

10. Bei der Neuanschaffung von Schulmobiliar ist darauf zu achten, dass sowohl Tische als auch Stühle individuell angepasst werden und verstellbar sein können.

11. Schultoilettenanierungsprogramm wieder auflegen bzw. die Bezirke mit den finanziellen Mitteln ausstatten, alle sanitären Anlagen kurzfristig zu modernisieren und regelmäßig zu warten

12. Mittel für die Schulreinigung erhöhen

13. Außenanlagen von Schulgrundstücken, Mensen und Horte in Baumaßnahmen einplanen

Schneller Bauen

- 14. Landesbauordnung auf die Anforderungen an einen schnellen Schulneubau ausrichten und so zu einer weiteren Beschleunigung der Verfahren beitragen. Das gilt auch mit Blick auf die dringend gebotenen Sanierungen sowie Aus- und Umbauten von Bestandsgebäuden.**
- 15. Klarstellung, dass denkmalschutzrechtliche Erwägungen zumindest in Zeiten eines außerordentlichen Bedarfs an zusätzlichen Schulplätzen hinter dem überwiegenden öffentlichen Interesse der ordnungsgemäßen Beschulung aller schulpflichtigen Kinder zurückzustehen haben.**
- 16. Schwellenwerte im Vergaberecht erhöhen, um langwierige Ausschreibungen zu vermeiden.**
- 17. Verkürzung von Ausschreibungsfristen sowie Entbürokratisierung**
- 18. Abschlagzahlungen sowie Sprinterprämien für schnelles Bauen**
- 19. Flexibilisierung und bedingungslose Übertragbarkeit der Mittel**
- 20. Bezirken die Verantwortung für den Schulbau zurückgeben:**
 - Bezirke dürfen neu bauen und sanieren – Nadelöhr HOWOGE entfernen
 - bezirkliche Bau- und Schulämter nachhaltig und angemessen personell und qualitativ ausstatten
 - Steigerung der Attraktivität der Bezirke als Arbeitgeber sowie klare Zuständigkeitsregelungen